

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 13.

Postamt: Die Anzeigen- und die Anwerter der Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 13.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 189

Sonnabend, den 15. August 1925

20. Jahrgang

Das Ergebnis der Londoner Konferenz.

Abreise Briands. — Volle Einigung. — Das Ende des Notenaustausches.

London, 13. August. Briand und die übrigen Mitglieder der französischen Delegation sind heute vormittag nach Paris abgereist. Chamberlain hatte sich zum Abschied auf dem Bahnhof eingefunden.

Wie Reuter erfährt, herrscht in englischen diplomatischen Kreisen über das Ergebnis der Besprechung zwischen Briand und Chamberlain volle Befriedigung. Die vereinbarte Note wird der belgischen und der italienischen Regierung unverzüglich mitgeteilt und dann nach Berlin abgedruckt werden, worauf die Veröffentlichung des Wortlautes erfolgen wird. Es verläutet, daß die Note ausgesprochen entgegenkommend gehalten ist und anregt, zwischen den Vertretern Deutschlands und der alliierten Regierungen eine Zusammenkunft stattfinden zu lassen. Wahrscheinlich werden vor der Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner Vorbesprechungen zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen stattfinden müssen, da viele Einzelheiten zu erledigen sind. Chamberlain wird heute nachmittag dem Kabinettsrat eine Abschrift der französischen Note vorlegen.

Als wichtigster Teil der gestrigen Sitzung wird fast allgemein die in der Note implizite enthaltene Einladung an Deutschland bezeichnet, am kommenden Besprechungen teilzunehmen. Das besagt jedoch nicht, daß eine Konferenz in Aussicht stehe. Briand selbst hat, bevor er sich gestern abend in die Operette begab, Pressevertretern gegenüber erklärt, daß er nichts von Vollkonferenzen halte. Konferenzen, führte er aus, müßten

einem Stützrahmen gleichen, dessen Rastri schon entworfen sei und das nur noch von den Stützerinnen nachgestellt und ausgefüllt werden müsse. Das Rastri aber ist schon ziemlich klar, so daß man nur noch wenige Stücke zu tun habe. Briand selbst denkt sich die künftigen Besprechungen mit Deutschland als Gedankenaustausch der Botschafter, denen Unterredungen juristischer Sachverständiger folgen müßten. Wie aber der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hierzu bemerkt, sei es ganz klar, daß nach der Zusammenkunft deutscher und alliierter Juristen die Außenminister Deutschlands und der Alliierten private Unterhaltungen führen müßten. Ein Zeitpunkt, an dem dies stattfinden würde, könne aber nicht angegeben werden. Inwieweit die englische Regierung sich mit einer derartigen Form der Konferenz einverstanden erklären wird, steht noch nicht fest. Jedenfalls aber begrüßt man es hier auf das lebhafteste, daß die Periode des Notenaustausches jetzt endlich zu Ende sein soll, und daß Deutschland zu den Verhandlungen herangezogen wird.

Kabinettsrat in London.

London, 13. August. Wie Reuter erfährt, hielt das Kabinettsrat heute nachmittag eine Sitzung ab, in der die Verhandlungen, die bisher hinsichtlich des Sicherheitspaktens gepflogen worden sind, eingehend besprochen wurden. Chamberlain erstattete Bericht über seine Aussprache mit dem französischen Außenminister Briand.

Englische Blätter über die Londoner Konferenz.

London, 13. August. „Times“ veröffentlicht einen gewöhnlich inspirierten Artikel über die Sicherheitsfrage, in dem es heißt: Briands Besuch in London ist ein vollkommener Erfolg gewesen; sowohl Briand als auch Chamberlain muß man zu dem erzielten Ergebnis beglückwünschen. Es ist etwas wirklich Ungewöhnliches zu Stande gekommen. Diese Woche hat eine große Veränderung gebracht. Der Gedanke, der einzige wirklich konstruktive Gedanke, auf den die Nationen Europas jetzt ihre Hoffnungen setzen können, befindet sich wieder in voller Bewegung. Der Gedanke des Paktes — das darf nie vergessen werden — ist deutlicher Ursprung. Die Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand haben es sehr deutlich gemacht, daß die dringendste praktische Aufgabe für alle Staatsmänner West- und Mitteleuropas darin besteht, diesem Gedanken praktisch Gehalt zu geben und diese besondere Gelegenheit dazu zu benutzen, dem erschlafften Willen zu zeigen, daß ihre Regierungen ihnen einen wirklichen Frieden, Vertrauen und die Sicherheit die sie so sehr wünschen, geben können. In dieser Woche ist eine sehr saubere Arbeit geleistet worden. Als mitgeteilt wurde, daß Briand nach London kommen werde, sind Rufe laut geworden, daß Briand unter britischem Druck versucht sein werde, die Interessen Frankreichs zu opfern. Andererseits hat man auch gesagt, daß Chamberlain der extremen französischen Ansicht Zugeständnisse machen werde. Aber derartige Äußerungen sind nicht zu machen. Chamberlain hat nicht ein einziges Mal die Grenzen vergessen, bis zu denen die ausgeklärte britische öffentliche Meinung und die lebenswichtigen Interessen des britischen Reiches ihm zu gehen gestatten. Es ist etwas Neues in den Besprechungen zwischen dem britischen und französischen Außenminister, daß das Hauptziel Chamberlains und Briands diesmal darin bestand, nicht neue Schranken aufzurichten, sondern Methoden zu finden, um die Möglichkeit offen zu halten, daß sich Deutschland als gleichberechtigter Teilnehmer an den Beratungen beteiligen kann. Dies ist der Sinn der als Ergebnis der Besprechungen verkündeten „vollkommenen Übereinstimmung“. Nichts, was sowohl Frankreich als auch Großbritannien als wesentlich für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder erachten können, ist dem Bestreben geopfert worden, beide Länder aktiv und großzügig in Gemeinschaft mit Deutschland an der Herstellung eines wahren Friedens im westlichen Europa — wo der Frieden ganz besonders eine Lebensnotwendigkeit ist — zu beteiligen. Briand und Chamberlain haben sich über den Text der Note geeinigt, die von Frankreich an Deutschland überreicht werden soll. Diese Note ist in einer Form abgefaßt, die Deutschland ermutigen kann, mit vollem Vertrauen auf dem Wege weiter zu gehen, den es im Februar eingeschlagen hat. Seine (Deutschlands) Idee wird als die einzig praktische Idee — in der Tat die einzige Idee — bezeichnet, welche die europäischen Staatsmänner in vertrauensvoller Hoffnung auf Erfolg, verfolgen können. Die von der deutschen Regierung geäußerten Befürchtungen, daß die westlichen Regierungen den vorgeschlagenen Pakt als eine einseitige Regelung auslegen könnten, die zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt werden könnte, werden als gänzlich unbegründet bezeichnet. Nach Ansicht der britischen und der französischen Regierung muß der Pakt in allen Beziehungen gegenseitig sein, und er kann nur zustande kommen in direkter Beratung mit Deutschland. Chamberlain und Briand haben natürlicherweise in dieser Woche ihre Ansichten über die möglichen Bedingungen des Paktes ausgetauscht. Sie haben ihre eigenen Differenzen eingehend besprochen, aber ihre Hauptbemühung ist die Anpassung des Paktes an die bestehenden europäischen Abmachungen gewesen, um ihn zu einer praktischen Grundlage und zu einer wirklich wirksamen Maßnahme zur Herbeiführung des Friedens zu machen. Indem er logisch, rechtlich und historisch mit dem Friedensvertrag und den Völkerverträgen verbunden wird, ihr Gesichtspunkt ist in weitem Sinne europäisch gewesen, wie es sich für moderne Staatsmänner ziemt, die jetzt die großen Schwierigkeiten, denen ihre eigenen Länder infolge der europäischen Krise ausgesetzt sind, kennen und daraus eine Lehre gezogen haben. Deutschland wird nunmehr eingeladen, direkt an diesen erfolgversprechenden Verhandlungen teilzunehmen. Es waren die Aussichten noch die Gelegenheit offensichtlich günstiger. Deutschland steht am Scheidewege, seine innere Lage hat sich in den letzten Monaten verwickelter gestaltet durch eine merkwürdige Verbindung politischer Teilnahmslosigkeit und wirtschaftlicher Bedrängnis. Reaktionen und Kommunisten sind einzig in dem Verlangen nach Zurückweisung der westlichen Orientierung und werden eine Art spekultativen Wändnisses an uns allen sehen, wenn wir die Möglichkeiten der Verbesserung. Es ist nicht anzunehmen, daß solche Vorschläge bei der großen Masse

Senkung der Umsatzsteuer.

Das Gesetz zur Milderung der Verkehrssteuern und des Verfahrens und das Gesetz über Zolländerungen sehen folgende Milderungen auf dem Gebiet der Umsatzsteuer vor:

1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1925 sind Privat, gelehrte, Künstler und Schriftsteller von der Umsatzsteuer befreit, sofern die steuerpflichtigen Umsätze im Kalenderjahr den Betrag von 6000 RM. nicht übersteigen. Vom gleichen Zeitpunkt ab sind ferner von der Umsatzsteuer befreit Handlungsagenten und Makler, sofern die steuerpflichtigen Umsätze im Kalenderjahr den Betrag von 6000 RM. nicht übersteigen; diese Befreiung setzt aber voraus, daß die Handlungsagenten und Makler Bücher führen.

2. Mit Wirkung vom 1. August 1925 wird die Verherbergungssteuer, die Verwahrungssteuer, die Kleinststeuer und die Anzeigensteuer aufgehoben. Die bisher diesen erhöhten Steuern unterliegenden Leistungen sind vom 1. August 1925 ab nach den Sätzen der allgemeinen Umsatzsteuer steuerpflichtig.

3. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 wird der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 1 1/2 vom Hundert auf 1 vom Hundert und der Satz der Hersteller- und Kleinhandelssteuer von 10 vom Hundert auf 7 1/2 vom Hundert herabgesetzt. Die auf 1 und 7 1/2 vom Hundert gesenkten Sätze der allgemeinen Umsatzsteuer und der Hersteller- und Kleinhandelssteuer haben die Monatszahler erstmals bei den Umsatzsteuervorauszahlungen im November 1925, die Vierteljahreszahler erstmals bei den Umsatzsteuervorauszahlungen im Januar 1926 der Umsatzsteuer zugrunde zu legen. Bei den im August, September und Oktober 1925 zu leistenden Umsatzsteuervorauszahlungen haben die Monats- und die Vierteljahreszahler die Steuer in Höhe von 1 1/2 vom Hundert und von 10 vom Hundert zu entrichten.

4. In den Übergangsbestimmungen wird in entsprechender Weise wie bei den Ermäßigungen der Umsatzsteuer im Jahre 1924 ein zivilrechtlicher Anspruch auf Verrechnung in Höhe der Steuererminderung für Leistungen aus Verträgen gewährt werden, die vor dem 15. August abgeschlossen worden sind, aber erst nach dem 30. September 1925 ausgeführt werden.

Die belgisch-amerikanischen Kriegsschulden-Verhandlungen.

Paris, 13. August. Die „New York Herald“ aus Washington berichtet, daß die belgische Schuldentilgungskommission ein Memorandum für die Schuldentilgung beantragt haben, das Deutschland die gesamten belgischen ausstehenden Reparationszahlungen geleistet habe, und weiter beabsichtigen, an das Versprechen des Präsidenten Wilson zu erinnern, daß die während des Krieges eingegangenen Schulden von den Vereinigten Staaten ganz anders behandelt werden sollten als die, die nach dem Waffenstillstand aufgenommen wurden.

Die Zahl der Optanten.

Berlin, 13. August. Von der polnischen Presse sind die in der deutschen Note vom 10. August angegebenen Zahlen über die Optanten angezweifelt worden. Dazu ist folgendes zu bemerken: Nach den von der polnischen Regierung übergebenen Listen sollten sich Anfang des Jahres noch etwa 35 000 deutsche Optanten in Polen befinden. Durch Zuschriften an jeden einzelnen der Optanten wurde festgestellt, daß es in Wirklichkeit nur noch 28 800 waren, von denen etwa 20 000 bis zum 1. August Polen verlassen sollten.

Das Deutsche Generalkonsulat in Posen hat bisher für etwa 19 000 Optanten Abwanderungspapiere ausgestellt. Da außerdem die Beschaffung der Freifahrtsscheine und der Abtransport der Möbel in der Regel durch Vermittlung des Deutschen Generalkonsulats geschieht, kann mit Sicherheit gesagt werden, daß wenigstens 17 000 deutsche Optanten tatsächlich bereits aus Polen abgewandert sind, davon 4000 bereits im Laufe des Juni. Daraus ergibt sich daraus, daß etwa 8000 Personen abgewandert sind, ohne das Lager in Schneidemühl zu berühren, während dieses Lager bisher über 9000 Personen aufgenommen hat.

Wenn die Zahl der polnischen Optanten in Deutschland sich nicht mit der gleichen Exaktheit feststellen läßt, so ist dies nur Schuld der unvollständigen und ungenügenden polnischen Listen. Nach diesen Listen hätten sich zu Beginn des Jahres noch etwa 13 000 polnische Optanten in Deutschland befinden sollen, wozu weitere 6000 kommen, die nur vor deutschen Behörden optiert haben. Nach den Feststellungen der deutschen Behörden hätte jedoch schätzungsweise der dritte bis vierte Teil dieser Optanten Deutschland damals schon verlassen, so daß die wirkliche Zahl auf 13- bis 15 000 anzunehmen war. Von einer bemerkenswerten Abwanderung solcher polnischen Optanten bis zum Frühjahr des Jahres ist nichts festzustellen gewesen. In der letzten Zeit haben tatsächlich nur etwa über 8000 Deutschland verlassen. Wenn noch nicht allen zurückgebliebenen polnischen Optanten der Abwanderungs- bzw. Ausreisepapier zugestellt worden ist, so liegt dies nur an der Mangelhaftigkeit der polnischen Listen. Doch ist kein Zweifel, daß sich noch Tausende von ihnen im Reichsgebiet befinden und jedenfalls mehr, als deutsche Optanten sich gegenwärtig noch in Polen aufhalten.

Auflösung eines Demonstrationzuges in Berlin.

Bestern gegen 10 Uhr vormittags wurde ein Demonstrationzug von etwa 70 Mann, der sich mit roten Fahnen und Plakaten die Karlstraße entlangzog, wegen Ueberschreitung des Banntreffes festgenommen. Nach ihrer Feststellung wurden die Teilnehmer wieder entlassen bis auf zwei die man als Häufelührer dem Polizeipräsidium zuführte. Wie verlautet, soll es sich um streikende Bauarbeiter aus dem Bezirk Osten handeln, die sich auf dem Wege zum Reichsarbeitsministerium befanden.